

## **GSV: Finanzierung zur Erhaltung von Landes- und Gemeindestraßen ungeklärt**

### **Alternative Finanzierungsquellen dringend erforderlich, je länger wir warten desto teurer wird es**

Sollte die Einführung der flächendeckenden Lkw-Maut am niederrangigen Straßennetz bei der morgigen Landesverkehrsreferentenkonferenz nicht beschlossen werden, bleibt die Finanzierung dringend notwendiger Sanierungsarbeiten nach wie vor ungeklärt. Auch alternative Vorschläge, Mittel für die Herstellung und Erhaltung eines akzeptablen Zustandes des niederrangigen Straßennetzes zweckgebunden zu sichern, haben derzeit wenig Aussichten auf Erfolg: etwa eine Teil-Zweckbindung der Einnahmen aus der bestehenden Mineralölsteuer (2015 insgesamt 4,2 Mrd. Euro) oder eine zweckgebundene Erhöhung derselben. Dabei sind viele Verkehrsteilnehmer von schlecht erhaltenen Landes- und Gemeindestraßen betroffen: Pkw, Motorräder, Autobusse, aber auch Radfahrer und Fußgänger.

Eine Studie im Auftrag der Landesverkehrsreferenten, die 2015 aktualisiert wurde und in die jetzt auch Brücken und andere Ingenieur-Bauwerke einbezogen wurden, zeigt den dringenden Handlungsbedarf: Für das österreichische Landesstraßennetz mit einer Länge von ca. 33.000 km werden derzeit für Straßenoberbau und Brücken ca. 277 Mio. Euro pro Jahr aufgewendet. Tatsächlich wären 495 Mio. Euro pro Jahr erforderlich, um die Straßeninfrastruktur inklusive Brücken und Tunnels in akzeptablem Zustand zu erhalten. Das ist im Vergleich zu den derzeit verfügbaren Mitteln ein Mehrbedarf von ca. 80%. Zusätzlich fällt ein Mehrbedarf von ca. 100 Mio. € für den Straßenunterbau an. Bei einem aktuellen tatsächlichen Erhaltungsbedarf von 320 Mio. Euro würde bei 10 Jahren Nichts-Tun am Landesstraßennetz dieser progressiv auf 784 Mio. € / Jahr ansteigen, also eine Steigerung um 145% erfahren. Dies schwankt von Bundesland zu Bundesland.

Eine vorausschauende Erhaltungsstrategie wäre die wesentlich günstigere Lösung, das ist nachweisbar. Je später eine Sanierungs-Maßnahme erfolgt, desto progressiver verläuft die Zustandsverschlechterung.

Wissenschaftliche Grundlagen für Gemeindestraßen - 70.000 Kilometer Gemeindestraßen und 45.000 Kilometer Güterwege - fehlen, nur wenige Gemeinden wissen über den Zustand ihres Straßennetzes Bescheid. Laut Gemeindebund wenden die Gemeinden ohne Wien jährlich 1,4 – 1,6 Mrd. € für den Straßenbau, -erhaltung und -pflege auf. Jede Gemeinde gibt also ca. 200 € pro Einwohner aus. 1 km Sanierung kostet laut Experten zwischen 200.000 und 800.000 Euro, was für die Gemeinden alles andere als einfach zu stemmen ist.

Die GSV sieht es als Aufgabe der öffentlichen Hand, diese weitere Belastung für kommende Generationen rechtzeitig zu verhindern und ein nachhaltiges Finanzierungskonzept zwischen Bund, Ländern und Gemeinden auszuarbeiten. Neben einer Reduzierung volkswirtschaftlicher Gesamtkosten würde damit gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit auch ein signifikanter Beschäftigungseffekt vor allem in der Bauindustrie erzielt und der Wirtschaftsstandort Österreich nachhaltig gestärkt werden.

Mario Rohrer, Generalsekretär der GSV: "Es sollte Gebot der Stunde sein, zweckgebundene Mittel aufzustellen, um die Qualität unserer Landes- und Gemeindestraßen nachhaltig und zu volkswirtschaftlich vertretbaren Kosten zu sichern".

Rückfragehinweis:

GSV Dipl.-Ing. Mario Rohrer

Generalsekretär

Mobil: 0660 613 1200

[mario.rohracher@gsv.co.at](mailto:mario.rohracher@gsv.co.at)

Wien, 28. April 2016